



An den Vorsitzenden des AVR
Herrn Bernd Petelkau

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnsdpd.de

web www.koelnsdpd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 20.10.2021

AN/2200/2021

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	25.10.2021

Antragsstau bei den Ausländerämtern in Köln: Werden nun endlich Stellen zugewiesen?

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung des AVR am 25.10.2021 zu setzen:

Die Presse berichtete in den letzten Monaten immer wieder über die zahlreichen Beschwerden rund um die Personalsituation, die Erreichbarkeit und die Terminvergabe bei den Ausländerämtern in Köln. Zuletzt thematisierte der Kölner Stadt-Anzeiger am 18.10.2021 den Fall einer 19-Jährigen, die seit mehreren Monaten auf eine Rückmeldung des Ausländeramts in Porz wartet. Sogar deren Fiktionsbescheinigung sei inzwischen abgelaufen. Mit dieser wird die noch ausstehende abschließende Bearbeitung des Aufenthaltsantrags bescheinigt. Streng genommen lebt sie nun bereits „illegal“ in Deutschland. Ihre Geschichte stellt leider keinen Einzelfall dar. Auch unsere Fraktion und die Bezirksvertretungen kennen Hunderte ähnlicher Berichte.

Der Integrationsrat beschäftigte sich bereits am 24.08.2021 in Form einer Aktuellen Stunde und einer Anfrage mit der Problematik. Nun fordern auch der Kölner Flüchtlingsrat e. V. und der Kölner Runde Tisch für Integration mehr Stellen in den Ausländerämtern in Mülheim, Kalk und Chorweiler. Der Flüchtlingsrat warf dem Ausländeramt und der Verwaltung vor, dass einige aktuell laufende Anträge nach gegenwärtigem Stand erst im Frühjahr bearbeitet werden könnten. Dabei hänge von den Anträgen ab, ob Menschen bleiben, in Aussicht gestellte Arbeitsverträge unterschreiben oder Sozialhilfe beziehen könnten. Aufgrund der pandemischen Lage berichten zahlreiche Betroffene in den vergangenen Monaten immer wieder davon, dass das Ausländeramt bei ihnen für sie häufig besonders dringlichen Anliegen nicht erreichbar gewesen sei. Auf die Beantwortung von Mails warte man, so lässt sich den verschiedenen Berichten entnehmen, teils wochenlang. Einzelne Sachbearbeiter*innen seien

gar nicht zu erreichen. Es sei darum zu weiteren Fällen gekommen, in denen zum Beispiel die Aufenthaltsrechte ausgelaufen seien, obwohl sich Betroffene um Verlängerung bemüht hätten. Dann kämen finanzielle Probleme hinzu, weil etwa Jobs verloren gingen, das Jobcenter oder die Elterngeldkasse Zahlungen einstellten und Mieten nicht bezahlt werden könnten.

In der Beantwortung auf die Anfrage zum Thema im Integrationsrat vom 24.08.2021 wies die Verwaltung darauf hin, dass bereits seit einigen Monaten eine Ausnahmeregelung in Kraft sei, wonach einige Aufgaben wie der Versand bzw. die Aushändigung von Aufenthaltstiteln sowie die Bearbeitung von Rückständen aus den Bezirksgruppen abgezogen worden seien. Diese Arbeiten würden darum in der Zentrale ausgeführt, die zudem eine erweiterte telefonische Erreichbarkeit erhalten habe. Doch Maßnahmen wie die Aufstockung von Stellen, wie jetzt vom Flüchtlingsrat oder der SPD-Fraktion im Rahmen der Beratungen zum Stellenplan 2022 gefordert, sind nicht ergriffen worden.

Wir möchten daher von der Verwaltung wissen:

1. Welche kurzfristig wirksamen Pläne liegen vor, den immensen Antragsrückstau in der Ausländerbehörde bzw. deren Bezirksgruppen abzuarbeiten?
2. Aus welchem Grund wurde auf das Mittel der Aufstockung von Personal zugunsten einer bloßen Umverteilung/Restrukturierung bisheriger Abläufe und Zuständigkeiten verzichtet?
3. Wie lange dauert die Abarbeitung des Antragsstaus nach gegenwärtig ergriffenen Maßnahmen voraussichtlich?
4. Wie beurteilt die Stadt die Vorschläge der NGOs im Einzelnen, die diese im Aufruf zur Demo (siehe Anhang) gemacht haben?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mike Homann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer